

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Günter Herterich MdB,
Stellvertretender Obmann
der SPD im Auswärtigen Aus-
schuß, zu den Auseinander-
setzungen der Koalitions-
parteien über die Haltung
zur Grenada-Invasion der
USA: Schaden für die Bon-
ner Außenpolitik.

Seite 1

Dr. Alfred Emmerlich MdB,
Stellvertretender Vorsit-
zender der SPD-Bundestags-
fraktion, zum 45. Jahrestag
der nazistischen "Reichs-
kristallnacht": Aus den Er-
fahrungen lernen - die Neo-
nazis bekämpfen.

Seite 3

Horst Grunenberg MdB, Ob-
mann der AG-Meerespolitik
der SPD-Bundestagsfraktion,
zur Bonner Weigerung, die
UN-Seerechtskonvention zu
zeichnen: Die Bundesregie-
rung wird zum Außenseiter.

Seite 4

Buchbesprechung

"Kampf - Widerstand - Ver-
folgung". Dokumentation der
deutschen Sozialdemokraten
aus der Tschechoslowakei
im Kampf gegen Hitler und
Hennef. n.

Seite 6

38. Jahrgang / 214

8. November 1983

Spranger auf dem Sprung

Mit dem Grenada-Besuch wird der Koalitionsstreit weiter
angeheizt

Von Günter Herterich MdB
Stellvertretender Obmann der SPD im Auswärtigen Ausschuß

Nun wird zu allem Elend der unterschiedlichen moralischen
und politischen Bewertung der militärischen Intervention der
USA auf Grenada durch die Koalitionsparteien auch noch ein
innenpolitisches Süppchen gekocht. Nur unter diesem Aspekt,
nicht etwa als tauglicher Beitrag zur außenpolitischen
Problematik der Sache, ist die Reise des Parlamentarischen
Staatssekretärs im Innenministerium, Carl-Dieter Spranger
(CSU), nach Grenada von Belang.

Außenpolitisch sind die unterschiedlichen Auffassungen der
Koalitionsparteien längst zu Protokoll gegeben: Außenmini-
ster Genscher hat sich in der Aktuellen Stunde des Bundes-
tages am 27. Oktober 1983 vorsichtig, aber deutlich vom
amerikanischen Verhalten distanziert, bei der Abstimmung
in der UNO hat sich die Bundesregierung der Stimme enthal-
ten und damit das Maximum an Kritik geäußert, was angeblich
einer Schutzmacht von Berlin gegenüber möglich ist. Der
CSU-Sprecher Klein hat dagegen schon "Verständnis" für das
amerikanische Vorgehen gezeigt und Strauß vollendete dann
das Spektrum mit seiner offenen Kritik an der Reaktion der
Bundesregierung.



Mit der Reise von Spranger am Freitag vergangener Woche nach Grenada wird nun das innenpolitische Klima weiter angeheizt, der Kampf des CSU-Vorsitzenden gegen die FDP fortgeführt. Entschieden worden ist die Reise im Innenministerium "im Einvernehmen" mit dem Bundeskanzleramt. Die Einwände des für die Außenpolitik zuständigen Außenministers wurden beiseite geschoben. Berichtet wurde von Spranger am gestrigen Montag nicht dem Außenminister sondern, laut WELT, dem Innenminister Zimmermann und Bundeskanzler Kohl.

Schadenfreude ist unangebracht. Wer glaubt, daß sich die Bundesrepublik mit solchem Theater Freunde in der Welt erwirbt, der täuscht sich. Wer glaubt, daß sich die innenpolitische Demontierung des Außenministers nicht auf die Dauer auch außenpolitisch negativ auswirkt, täuscht sich ebenfalls. Das sukzessive Ausschalten des State Department aus der außenpolitischen Willensbildung in den USA und der Dilettantismus, der daraus erwuchs, sollte eine Warnung sein.

Herr Spranger wird zweifelsohne "Erkenntnisse" mitbringen und die neueste Begründung der Reagan-Administration für die Intervention unterstützen. Was immer noch an angeblichen oder tatsächlichen Begründungen für die Intervention von der amerikanischen Administration nachgeschoben werden mag, es bleibt dabei: Die militärische Intervention der USA in Grenada ist ein völkerrechtswidriger Gewaltakt, der gerade wegen der Prinzipien, dorentwegen wir erklärtermaßen mit den USA verbündet sind, nicht hart genug verurteilt werden kann.

Die Intervention in Grenada schwächt die Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten in der Welt, belastet das nordatlantische Bündnis und entfremdet die Vereinigten Staaten weiter ihren lateinamerikanischen Nachbarn. Der Zuwachs an Sicherheit für die Vereinigten Staaten steht in einem krassen Mißverhältnis zum Schaden, der weltweit für die westliche Führungsmacht entstanden ist.

Daß eine solche Situation durch die CSU dann noch mißbraucht wird, um die FDP und Ihren Vorsitzenden innenpolitisch gar zu kochen, wirft ein bezeichnendes Licht sowohl auf die Lage der Regierungskoalition insgesamt, als auch auf die Führungs- und Integrationskraft des Bundeskanzlers.

(-/8.11.1983/ks/rs)

+ + +



Den Neonazismus bekämpfen

Die Erinnerung an die nazistische Pogromnacht vom 9. November 1938 verpflichtet zum Handeln

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Erinnerung an die Reichskristallnacht vom 9. November 1938 bringt uns wieder einmal zu Bewußtsein, wohin der Rassenwahn der Nationalsozialisten geführt hat. Er mahnt uns daran, daß rassistische Tendenzen bei uns nie wieder Konjunktur bekommen dürfen. Diese Mahnung ist gerade heute dringender als je: Die neonazistische Agitation macht sich wieder breit und unter den vielen ideologischen und propagandistischen Versatzstücken aus der Klamottenkiste nationalsozialistischer Ideologie treibt auch die nationalsozialistische Rassenlehre bei den Neonazis wieder ihre Blüten. Die von Neonazisten maßgeblich mitgeschürte Ausländerfeindlichkeit ist nur ein Ausdruck dieser fragwürdigen Renaissance.

Hier hilft nur eines: Aufklärung über die Verbrechen des Dritten Reiches, Aufklärung über den Holocaust, Aufklärung über das, was einstmals unter dem Begriff "Nürnberger Gesetze" geltendes Recht in unserem Lande zu sein beanspruchte.

Aufklärung ist aber nur eine Seite im Kampf gegen die Neonazis. Dort, wo das Auftreten dieser Agitatoren Strafgesetze verletzt, müssen die Strafgesetze konsequent angewandt werden. Wer meint, hier sei gelassene Milde am Platze, legt die Erfahrungen der Geschichte im Umgang mit Nationalsozialisten falsch aus. Hinzukommen muß die Verbesserung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen die nazistische Agitation. Unverständlich ist, weshalb die Bundesregierung das vor langer Zeit schon vorgelegte 21. Strafrechtsänderungsgesetz, mit dem die Propagierung der sogenannten Auschwitzlüge unter Strafe gestellt werden soll, im Augenblick nicht mehr ernsthaft zu verfolgen scheint.

Die Erinnerung an den 9. November 1938 ist Anlaß, dieses Gesetz bei der Bundesregierung anzumahnen. (-/8.11.1983/ks/rs)

+ + +



Bonn als Außenseiter

Mit ihrer Weigerung, die UN-Seerechtskonvention zu zeichnen,
isoliert sich die Bundesregierung

Von Horst Grunenberg MdB

Obmann der AG-Meerespolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Vom 2. November bis 4. November 1983 veranstaltete der Unterausschuß "UN-Seerechtskonvention" der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eine Anhörung in Palermo. Vertreter von 19 Ländern des Europarates nahmen teil. Zehn Länder davon haben bereits die Konvention gezeichnet. Nicht vertreten waren Cypern und Malta, die aber ebenfalls die Konvention gezeichnet haben.

Die Konferenz wurde vom Präsidenten des Europarates, Dr. Karl Ahrens, eröffnet. In den dann folgenden acht Arbeitssitzungen wurden nachstehende Themen behandelt:

1. Einführung in die Seerechtskonvention 1982 der Vereinten Nationen; Geschichte, Struktur und Verwirklichung sowie die gegenwärtige rechtliche Situation.
2. Die verschiedenen Zonen nationaler Jurisdiktionen, deren rechtlicher Status und Regelungen betreffend deren Abgrenzungen.
3. Regelungen für die Schifffahrt.
4. Schutz kulturellen Erbes unter Wasser.
5. Erhaltung und Management der lebenden Ressourcen der Meere sowie Schutz und Erhaltung der marinen Umwelt.
6. Wissenschaftliche Meeresforschung und der Transfer von Technologie.
7. Erforschung und Ausbeutung des Meeresbodens und der Kohlenwasserstoffe jenseits der Grenzen der Zonen nationaler Jurisdiktionen, das Regime, das im internationalen Teil anwendbar ist, sowie die Behörde, ihre Organe und das internationale Unternehmen.
8. Die rechtliche Situation der Staaten, welche die Seerechtskonvention nicht ratifizieren werden und Fragen der friedlichen Streitbeilegung.

Es muß dem Europarat bescheinigt werden, daß er diese Anhörung zukunftsorientiert angelegt hat.

Mit Sicherheit kann davon gesprochen werden, daß es im Meeresvölkerrecht keinen Status quo ante geben wird, nachdem die Konvention von über 130 Staaten gezeichnet wurde.



Mit Sicherheit kann damit gerechnet werden, daß mehrere Staaten des Europarates die Konvention in absehbarer Zeit noch zeichnen werden, mit der Folge, daß die Bundesrepublik automatisch in eine Außenseiterrolle gedrängt und sich somit zum Störenfried exponiert. Die Einwände gegen die Konvention auf dieser Konferenz klangen recht fadenscheinig und die Beiträge der Teilnehmer der CDU hatten manchmal einen fatalen wilhelminischen Geschmack. Ein Hauch von provinzialistischer Weltpolitik!

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zu recht kürzlich den Antrag eingebracht, die Konvention zu zeichnen. Dabei sollte es nicht nur bei den Beratungen in den Ausschüssen bleiben, sondern es sollte auch nach dem Muster des Europarates eine intensive Anhörung über alle Teile der Konvention geben, zu der auch die Medien Zugang haben. Durch die inaktive Haltung der Bundesregierung in der Frage der Seerechtskonvention werden wir auf einem wichtigen internationalen politischen Sektor den Anschluß an die Völkergemeinschaft verlieren.

In Indonesien ist der Bundeskanzler mit dieser Frage konfrontiert worden. Es ist zu hoffen, daß es keine Bla-bla-Argumente erwidert hat. Politisch wie wirtschaftlich hätte er damit einem wichtigen Partner in Ostasien kräftig auf die Hühneraugen getreten in typisch provinzialistischer Weltweitsicht.

Auf jeden Fall ist mit juristischen Finessen das politische Wollen der Völkergemeinschaft nicht zu bremsen. (-/8.11.1983/ks/rs)

+ + +



B U C H B E S P R E C H U N G

Kampf und Leiden der sudetendeutschen Sozialdemokraten

"Kampf - Widerstand - Verfolgung", Dokumentation der deutschen Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakei im Kampf gegen Henlein und Hitler, erarbeitet von Adolf Hasenöhrl. Leinenband/Goldprägung/ 654 Seiten mit Dokumenten und Bildern. Herausgeber: Seliger-Archiv Stuttgart, Schloßstraße 92. Auslieferung: Verlag "Die Brücke", Landwehrstraße 37, München 2. Preis: DM 40,--.

Die Dokumentation ist allen Verfolgten, ihren Familien und Hinterbliebenen, die wegen ihrer Treue zur Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei (DSAP), gelitten haben und starben, gewidmet.

Sie beginnt mit einem Vorwort von Willy Brandt, dem Vorsitzenden der SPD, und von Bruno Kreisky, dem Vorsitzenden der SPÖ.

Eine Einführung in die soziale und wirtschaftliche, aber auch in die nationale Lage der dreieinhalb Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei gibt einen Einblick in die Verhältnisse in Böhmen, Mähren und Schlesien bis 1938.

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus begann nicht erst im Jahre 1933 mit der Machtergreifung Hitlers in Deutschland; das erste Kapitel ist jedoch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SOPADE) in der tschechoslowakischen Emigration gewidmet.

Prag war der Mittelpunkt des Widerstandes, an dem sudetendeutsche Sozialdemokraten einen großen Anteil hatten. Nicht nur finanzielle Opfer wurden gebracht; es gab Verfolgung und Tod in diesem Zusammenhang.

Nachgewiesen wird, daß sudetendeutsche Sozialdemokraten auch am Freiheitskampf Österreichs im Jahre 1934 und Spaniens 1937/38 teilgenommen haben. Der aktive Kampf gegen den Nationalsozialismus, gegen die damit verbundene Kriegsgefahr, gegen das Gewaltregime Hitlers und Henleins begann im Jahre 1933. Wenn versucht wird, die Rolle Henleins zu verkleinern, wird nachgewiesen, daß die Wurzeln der Henleinpartei in der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die sich 1933 selbst auflöste, zu suchen sind. Nach der eigenen Aussage Konrad Henleins war sein Ziel die Zerschlagung der Tschechoslowakei von Anfang an.

Das Jahr 1938 brachte die Entscheidung: Mobilisierung, Standrecht, Kundgebungen und Straßenkämpfe kennzeichnen dieses Jahr. Hitlers Einflußnahme auf die Tschechoslowakei verstärkte sich und mit dem "Münchener Abkommen" war der Kampf der sudetendeutschen Sozialdemokraten verloren.

Ein besonderer Abschnitt gilt der Republikanischen Wehr, die in den Jahren der Auseinandersetzung die Hauptlast des Kampfes getragen hat. Sie schützte die Versammlungen und hielt Wacht an der Grenze, als das tschechische Militär abgezogen war, sie sorgte für Ruhe und Ordnung in den deutschen Städten und Dörfern.

Der Leidensweg tausender sudetendeutscher Sozialdemokraten begann mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in der Zeit vom 1. bis 10. Oktober 1938. 30.000 sudetendeutsche Sozialdemokraten flohen in das Innere Böhmens. Oft wurden sie mit List oder mit Zwang von den Tschechen in die deutschen Gebiete zurückgeschickt und damit in die Arme der Gestapo und der Henleinanhänger getrieben.



1938 kamen rund 8.000 sudetendeutsche Sozialdemokraten in Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager. Nahezu 13.000 wurden durch Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis, Zurücksetzung, Nichtbeförderung wirtschaftlich und sozial geschädigt. Insbesondere die Frauen und die Kinder der Verhafteten hatten unter dem Haß der Henleinanhänger schwer zu leiden. Über 4.400 Verhaftete konnten namentlich erfaßt werden. Es sei darauf hingewiesen, daß die DDR und die tschechischen Behörden keinen Einblick in die entsprechenden Unterlagen gewährten. Das Gleiche gilt für die namentliche Erfassung der Ermordeten und Hingerichteten. Nur ein kleiner Teil konnte namentlich festgestellt werden.

Weitgehend unberücksichtigt blieben die jüdischen Mitbürger deutscher Nationalität, die der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der CSR angehört hatten und in den Gaskammern der Konzentrationslager umgekommen sind.

Die Dokumentation ist durch viele Einzelberichte, die nur teilweise veröffentlicht werden konnten, ergänzt. Dies gilt für die Kampfzeit des Jahres 1938, die Zeit des Einmarsches und die Erlebnisberichte aus den Konzentrationslagern. 72 Seiten der Dokumentation befassen sich mit dem illegalen Widerstand der deutschen Sozialdemokraten in den Jahren 1933 bis 1945 in den Sudetengebieten. Ein Verzeichnis der Konzentrationslager in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei, deren Insassen kaum erfaßt werden konnten, zeigt den Umfang des Terrors. Insgesamt gab es 1.634, deutsche Konzentrationslager. Bilder aus den Lagern Dachau, Suchenwald, Floßenbürg, Mauthausen, Ravensbrück, Auschwitz und Theresienstadt ergänzen die Dokumentation.

Einzeldokumente über Verhaftung, Entlassung und Dokumente über die Verwaltung der Konzentrationslager vervollständigen das umfangreiche Werk. Es schließt mit der Erklärung der im KZ Dachau Inhaftierten deutschen Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakei, mit dem Schwur der Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald und mit der Frage des Autors: "Wofür haben wir gekämpft?".

(-/8.11.1983/ks/rs)

+ + +

